

Ein Blick auf die zurückliegende Kommunalwahl in der Türkei

Die zurückliegende Kommunalwahl in der Türkei können wir als Referendum über die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seine Regierungspartei AKP bezeichnen. Der offen ausgetragene Machtkampf zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung, die mit der republikanischen Volkspartei (CHP) paktiert hat, hat die Gesellschaft in polarisierte Lager aufgespalten, die sich nun aufgrund des unerbittlich schmutzig geführten Wahlkampfes gegenüberstehen. Der Kovorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Selahattin Demirtaş hat unmittelbar nach der Wahl erklärt, dass dieser Wahlkampf die Gesellschaft der Türkei noch stärker in sich geschlossene Gruppen zerschnitten hat.

Nach Auszählung fast aller Stimmen konnte die AKP um ca. 6% zulegen und kommt so auf 45,5% landesweit. Die CHP konnte etwa 5%, die MHP 1,5% und die BDP/HDP 2% Stimmengewinne verzeichnen. Die prozentualen Zahlen spielen dabei für die BDP/HDP keine große Rolle. Die BDP, die vor allem in den kurdischen Provinzen im Südosten der Türkei angetreten ist, kann ihren Erfolg darin verbuchen, dass sie nun drei weitere Großstädte und weitere 8 Provinzen und 67 Bezirke verwalten kann.

Dies zeigt, dass die kleinen Parteien stark verloren und alle anderen, vor allem die AKP, zulegen konnten. Der Machtkampf zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung hat die Allianz des islamischen Lagers in der Türkei gespalten. Der offen ausgetragene Machtkampf hat viele bis dato unentschlossene WählerInnen dazu bewegt, Position zu beziehen. Die meisten von ihnen waren zuvor WählerInnen von Kleinparteien, die ideologisch den Kriegsparteien der 90iger Jahre nahe standen. Im Ergebnis aber kann festgehalten werden, dass Erdoğan den Machtkampf für sich entscheiden konnte.

Auch jetzt noch, nach den Wahlen, ist eine gespannte Stimmung in der Türkei spürbar. Von Wahlmanipulation wird geredet, von Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung. Auch die Häufigkeit der Stromausfälle am Wahlabend war tatsächlich bemerkenswert. Wie viel Mani-

pulation und Vertuschung es gab oder was in den Zeiten des Stromausfalls tatsächlich passiert ist, ist noch unklar, aber es mehren sich die Bilder, auf denen verbrannte Wahlzettel zu sehen sind, die von der Bevölkerung gefunden worden. Misstrauisch protestiert die Bevölkerung vor allem in den kurdischen Provinzen wie z.B. Qers (Kars), Reşqelas (İğdır), Riha (Urfa), Agirî (Ağrı) ... und beschreiben so den Zustand in der Türkei.

Wenn wir nun nach der Wahl den Kampf um die Stimmen der Bevölkerung betrachten, können wir feststellen, dass keinesfalls die Arbeit der Kommunen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stand. Viel mehr drehte sich alles um den Machtkampf zwischen Recep Tayyip Erdoğan und Fetullah Gülen, der in den Focus gerückt worden ist. Dies wurde in der Wahlpropaganda deutlich, da hier die AKP und die mit der Gülen-Bewegung offen kooperierende CHP kaum andere Akzente gelegt haben.

Einzig die BDP und die HDP (Demokratische Partei der Völker) haben in ihrem Wahlkampf ihr Augenmerk auf die Inhalte der Kommunalwahl gelegt. Beide Parteien haben im weiter anhaltenden Machtkampf eine sachliche Position eingenommen und ihre sehr begrenzten Mittel dafür eingesetzt, sich mit den Belangen der Gesellschaft auseinander zu setzen. Begrenzte Mittel, weil im Vergleich zur AKP, CHP und MHP die BDP und die HDP keine finanziellen Mittel des Staates bekommen hat. Dies verhindert weiterhin die 10%-Wahlhürde in der Türkei. Auch dürfen die tausenden verhafteten BDP-AktivistInnen nicht vergessen werden; etwa 8000 von ihnen sind in den Gefängnissen, darunter BürgermeisterInnen, Stadträte, JugendaktivistInnen dazu viele weitere Tausende, die durch die sogenannten KCK-Operationen zur Flucht gezwungen worden sind.

Der Wahlkampf der BDP und HDP war von unzähligen Angriffen durch staatliche Ordnungskräfte und organisierte faschistische Banden behindert worden. So wurden mehrere Büros der HDP zerstört und unbenutzbar gemacht. Damit sollte der Wahlkampf der noch relativ jungen aber vielversprechenden HDP,

die sich besonders im Westen der Türkei organisiert hat, behindert werden. Denn der Staat, der nicht allein auf die AKP reduziert werden kann, sieht in der basisdemokratischen Praxis von HDP und BDP eine wirkliche Gefahr für sein autoritäres zentralistisches Fortbestehen. In Folge der Repression gegen die HDP und BDP gab es viele verletzte AktivistInnen und BürgerInnen. Hierbei hat man sich auch stets der paramilitärischen Organisation der vom türkischen Militär im Kampf gegen die PKK gegründeten Hisbollah bedient.

Zu all den systematischen gewalttätigen Übergriffen kommt hinzu, dass sowohl die HDP wie auch die BDP keine Gelegenheit hatten, ihre Perspektiven für die Kommunen in den staatlichen Medien zu erörtern. Laut Erklärung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks RTÜK hat die AKP 89,52%, die CHP 4,96%, die nationalistische MHP 5,29%, die BDP zusammen mit der HDP 0,22% der Sendezeit eingeräumt bekommen. Diese Zahlen verdeutlichen die extreme Ungleichbehandlung der Parteien.

Trotzdem konnte sich die BDP in all den Städten, in denen sie BürgermeisterInnen stellt, halten und weiter ausbauen. Die erst fünf Monate junge Partei HDP hat zwar kein Rathaus erobert, aber auf Anhieb 2% der Stimmen gewinnen können. Die Kovorsitzende der HDP Sebahat Tuncel hat nach der Wahl erklärt, dass die HDP zu einer Alternative für die demokratischen Kräfte in der Türkei heranwachsen möchte. Der Erfolg der BDP und HDP ist darauf zurückzuführen, dass sie sich den kommunalpolitischen Themen zugewandt haben und ihre alternative Perspektive glaubhaft der Bevölkerung vermitteln konnten.

Mit der BDP und HDP wächst der basisdemokratische Block in der politischen Landschaft der Türkei solide an. Die von diesen beiden Parteien ausgehende gesellschaftliche Alternative hin zu einer wirklichen Demokratisierung des politischen Systems der Türkei und die damit einhergehende Stärkung der kommunalen Ebene und die Gleichberechtigung der Frau im politischen System gewinnen unaufhörlich an Kontur. (...)

(CA, 2.4., ISKU)

Meldungen:

Nach Erdoğan-Besuch in Wan: Polizei greift BDPLer an
Im Zuge des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in Wan (Van) und Amed (Diyarbakir) am 27. März wurde der 22 Jahre alte Kadir I. im Anschluss an die Wahlkampfveranstaltung in Wan durch eine Polizeikugel schwer verletzt. Im Anschluss an die Kundgebung griff eine Gruppe AKP-Anhänger ein Wahlkampfbüro der BDP in der Stadt an. Unterstützt wurde der Angriff durch türkische Polizeikräfte, die Gasgranaten in das Büro schossen. Bei den Auseinandersetzungen schoss die Polizei scharf in die Menge. Kadir I., der vom Balkon eines Hotels die Ereignisse verfolgte, wurde dabei in die Brust getroffen. Zwei weitere Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen leicht verletzt.
(ÖG, 27.3., ISKU)

45 Haftentlassungen bei KCK-Prozessen

In zwei verschiedenen KCK-Prozessen sind am 27. März insgesamt 45 Menschen aus der Haft entlassen worden. 37 Menschen aus dem KCK Hauptverfahren in Istanbul sind entlassen worden. 33 weitere Angeklagte befinden sich allerdings weiterhin in Haft. Zudem wurden acht weitere Menschen im Prozess gegen das sogenannte "KCK-Pressekomitee" aus der Haft entlassen. Der Prozess richtet sich gegen JournalistInnen, die für die Tageszeitungen Azadiya Welat und Özgür Gündem, die Nachrichtenagenturen DIHA und ANF sowie für die Zeitschrift "Demokratik Modernite" arbeiten. In diesem Prozess befinden sich weiterhin acht JournalistInnen in Haft. Die Namen der weiterhin inhaftierten JournalistInnen lauten Turabi Kişin, Ramazan Peköz, Ertuş Bozkurt, Nuri Fırat, Davut Uçar, Mikail Barut und Yüksel Genç. Sie befinden sich seit dem 20. Dezember 2011 in Haft.

Der aus der Haft entlassene Mitarbeiter der Nachrichtenagentur DIHA Mazlum Özdemir erklärte in einem ersten Statement, dass die Haftentlassungen allein das Ergebnis des gesellschaftlichen Widerstands sei. "Wir wurden im Rahmen einer gemeinsamen Operation von AKP und dem Gülen Orden festgenommen. Ihre Haltung gegenüber der Pressefreiheit im Allgemeinen und uns gegenüber im Besonderen ist dieselbe. Sie haben versucht, durch unsere Festnahmen die Presse zum Schweigen zu bringen. Die heu-

Kovorsitzende der PYD Asya Abdullah zu den Angriffen in Rojava:

„Die Angriffe sind gegen die Autonomie gerichtet“

Die Kovorsitzende der PYD Asya Abdullah sagte mit dem Hinweis, dass ausländische Kräfte sich inmitten des systematischen Angriff gegen den autonomen Aufbau Rojavas befinden: „Die Angriffe gegen Rojava sind gegen die Geschwisterlichkeit, die Revolution, den Frieden und die Freiheit gerichtet.“

Die zum Newroz in Amed ange-reiste PYD-Kovorsitzende Asya Abdullah analysierte die aktuelle politische Situation und die verstärkten Angriffe der Schergen in Rojava. Sie machte darauf aufmerksam, dass sich die Angriffe seit der Ausrufung der Region in Kantone verstärkt haben und kommentierte dies als systematischen Angriff ausländischer Kräfte gegen die demokratische Autonomie. Abdullah erklärte, dass die Innen- und Außenpolitik Syriens, Rojava ausgenommen, ernsthaft ins Stocken geraten ist und dies den Kräften Auftrieb dazu gibt, den Krieg in Syrien zu vertiefen, wozu sich die oppositionellen Kräfte Rücken-deckung von bewaffneten Organisationen im Land holen.

„Der Krieg wird keine Lösung bringen“

Die Kovorsitzende der PYD sagte mit Betonung darauf, dass der Krieg keine Lösung bringt: „Dieser Krieg wird die Politik noch weiter ins Stocken bringen. Zudem kann eine Lösung auch nicht mit Gewalt geschaffen werden. Das Volk wird letztendlich die Kriegsmentalität zwischen dem Baath-Regime und den Bandengruppen in Syrien nicht akzeptieren. Darüber hinaus akzeptieren auch wir, das kurdische Volk, dies nicht.“ Abdullah wies darauf hin, dass der Rojava aufgezwungene Krieg, politisch bedingt ist und erklärte: „Warum aber? Der Aufbau der Kantone und der demokratischen Autonomie stellt ein Modell für die Völker des Landes dar. Aber dazu muss jeder seine Herangehensweise deutlich machen. Autonomie bedeutet für das Volk in Syrien eine Allianz, einen Willen. Es bedeutet sich selbst zu verwalten mit einem gemeinsamen Leben und dem gemeinsamen Willen. Innerhalb dieses Systems gibt es Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung. Das Volk muss allen Angriffen gegenüber stets gemeinsam antworten.“

„Rojava führt einen Verteidigungskrieg“

Einer der Gründe für die Angriffe auf Rojava ist die Politik des „Drängens auf Frieden“

und ist daher auf die gesellschaftliche Verteidigung der Bewohner in Rojava gerichtet. Der Krieg in Syrien, ausgenommen in Rojava, ist ein Krieg um die Macht. Bei der Konferenz Genf-2 ist dies sehr deutlich geworden. „Der Krieg in Rojava ist ein Verteidigungskrieg, die Verteidigung der Gesellschaft. Es ist ein Verteidigungskrieg, um die Massaker an der Gesellschaft zu verhindern, damit keine Menschen sterben, Städte niedergebrannt werden, die Flucht verhindert wird und damit keine Zerstörung und Diebstähle passieren.“ So gesehen ist der aktuelle Angriff auf den Kanton Kobanê sowohl politisch bedingt, als auch mit den Widersprüchen der Bandengruppen zueinander zu erklären.

„Die Angriffe richten sich gegen die Revolution und den Frieden“

„In Kobanê findet ein erbitterter Krieg statt. Das Ziel der Angriffe auf Rojava und Kobanê ist der Aufbau des Islamischen Staats in Syrien (ISIS). „Es ist aber offensichtlich erkennbar, dass diejenigen die sagen, sie kämpften für die Freiheit Syriens, nicht für die Freiheit kämpfen. Sie kämpfen nicht für den Dienst am syrischen Volk. Sie kämpfen für die Stärkung einiger politischer Kräfte in Syrien. Es ist zu beobachten, dass diejenigen, die sagen, sie kämpften gegen das Regime in Syrien, im Zusammenhang mit dem Regime stehen. Erkennbar spiegelt sich das Stocken innerhalb der Bandengruppen in Syrien bei den syrischen Militärs wider. Die Widersprüche innerhalb der Banden zeigen sich an den Angriffen auf Kobanê. Die Banden erklären, dass sie gegen das Regime seien. Sie marschieren in Damaskus, Deir ez-Zor und Latakia auf und erklären, sie hätten dort die Führung. Aber in den letzten Tagen zogen sie ihre dortigen Kräfte ab und verschoben sie nach Rojava. Und wir fragen somit: Sind sie gegen die demokratische Autonomie oder gegen das Baath-Regime? Sie brauchen niemanden belügen. Es ist klar und deutlich geworden, dass die Banden im Sinne einer Schaukelpolitik Krieg führen und somit die Angriffe auf Rojava Angriffe auf die Geschwisterlichkeit sind. Es sind Angriffe auf die Revolution, den Frieden und die Freiheit. Ich glaube daran, dass sie so wie bisher damit keinen Erfolg damit haben werden.“

„Ausländische Kräfte haben die ISIS unterstützt“

Abdullah brachte zur Sprache, dass diejenigen, die für die Menschenrechte und die Freiheit in Syrien sein wollen, in der Praxis nichts hervorgebracht haben und sich dieses durch ihr Schweigen zu den Angriffen in Rojava herausgestellt hat. Im Land versuchen viele Kräfte mit ihrer Politik Druck zu machen, führen einen Profitkrieg, wodurch die Unterstützung ausländischer Kräfte für die Banden auffällt. Diese Politik wird keinen Erfolg haben sagte Abdullah und wies auf folgende Punkte hin: „Woher kommen die Banden in Syrien? Betrachtet man die Identitäten der gegen Rojava kämpfenden Personen, dann sieht man Ägypter, Tunesier, Afghanen, Tschetschenen und viele weitere Staatsangehörige. Sehr viele umliegende Regionen, allen voran die Türkei, unterstützen diese Gruppen. Wie kommen sie her, wie gelangen sie hierhin und warum führen sie Krieg gegen Rojava? Es ist durchschaubar, dass viele Kräfte bei den Angriffen ihre Finger im Spiel haben. Das bis heute offen unterstützende Saudi-Arabien erklärte diese Kräfte zuletzt zu Terroristen. Aber warum habt ihr sie dann bisher unterstützt? Denn der Krieg dieser Kräfte hat keinen Erfolg gebracht. Ihre Pläne sind erfolglos geblieben.“

„Wir sind beharrlich mit der Revolution“

Die Politik der Freiheit und Einheit in Syrien sind voller Opferbereitschaft geführt worden und nicht nur für die Kurden, sondern auch für alle anderen Völker wird Widerstand geleistet, so dass sich diese Völker Tag für Tag mehr um Rojava klammern. Die Politik ausländischer Kräfte zu Syrien und Rojava zeigte zuletzt die Erfolglosigkeit dieser politischen Phase. „Der Krieg der Banden in Syrien wird zweck- und ziellos weitergeführt. Die Kräfte drumherum müssen nun ihre Politik neu überdenken. Unser Standpunkt ist klar und deutlich. Wir sind für den Frieden und die Freiheit. Eine demokratische Verwaltung für Syrien heißt Autonomie, in der alle Völker vertreten sind. Und diese Auffassung bedeutet weitermachen im Sinne der Revolution. Wir bestehen darauf. Wir werden mit all denen sein, die für Frieden und Freiheit sind. Wir werden unsere Verantwortung erfüllen.“

(DIHA, 24.3., ISKU)

tigen Verbote gegen die Sozialen Medien sind letztlich die Fortsetzung einer Politik, die mit unseren Festnahmen begonnen wurde. (...) Dementsprechend ist unsere heutige Freilassung auch nicht als eine Korrektur des Kurses der AKP zu werten. Unsere Entlassungen sind allein das Ergebnis des gesellschaftlichen Widerstands.“ Özdemir fügte hinzu, dass sich Kolleginnen und Kollegen weiterhin in Haft befinden. Sowohl die Festnahmen als auch die Freilassungen seien allein politische Entscheidungen. (ÖG, 27.3., ISKU)

Presseerklärung der IPPNW

27.3.2014 vor dem Gefängnis in Amed (Diyarbakir)
Wir stehen hier als deutsche Delegation der IPPNW, der International Physicians for the Prevention of Nuclear war and in social responsibility.

Als Ärztinnen und Ärzte sind wir in tiefer Sorge über die berichteten Zustände in türkischen Gefängnissen: Nach Gesprächen mit zivilen Organisationen wie IHD, Anwaltskammer, Ärztekammer und TUHAD-DER im März 2014 sind 600 Häftlinge therapiebedürftig, davon 200 schwer krank und 50 unmittelfar vom Tode bedroht. (...) Inzwischen sind Menschen gestorben, nachdem sie im Gefängnis nicht behandelt wurden.

Als ärztliche Organisation erschrecken uns diese Informationen sehr.

Wir bitten die Verantwortlichen dringend darum, bei erforderlicher medizinischer Therapie außerhalb des Gefängnisses, Haftentlassung zu gewähren und Sterbenden die häusliche Umgebung nicht zu verweigern.

Dies würden wir als ein Zeichen der Humanität und Stärke der türkischen Regierung und als Förderung des Friedensprozesses ansehen.

Wir grüßen die Gefangenen und ihre Angehörigen. Wir wünschen ihnen Kraft. Azadi, Asiti (Freiheit, Frieden)

Im Namen der IPPNW
Delegation: Dr. Gisela Penteker

Quellen:

DIHA Dicle Nachrichtenagentur
ÖG Özgür Gündem
CA Civaka Azad

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org